

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2018  
17. Jahrgang



Bürgermeisterin Stephanie Eßwein (links) enthüllte mit uns das Protestplakat

Foto: Pressehütte

35 JAHRE NACH DEM STATIONIERUNGSBESCHLUSS

## In Mutlangen heißt es wieder: Keine Atomraketen

In Mutlangen erhebt man wieder seine Stimme gegen Atomwaffen. An den Ortseingängen, wo sonst für das Dorffest oder andere Veranstaltungen geworden wird, mahnen die Pressehütte Mutlangen und die Mayors for Peace im Ostalbkreis vor neuen Atomwaffen. Zum Volkstrauertag wurden die Tafeln mit einem dreifachen Nein (No,Nein,Njet) offiziell mit Bürgermeisterin Stephanie Eßwein enthüllt.

35 Jahre sind vergangen, seit dem der Bundestag am 22.11.1983 der Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen zugestimmt hat. Nur vier Tage später trafen in Mutlangen die ersten Pershing II – Raketen ein. Im Rahmen der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ wurden bei gewaltfreien Blockaden 3.000 Menschen festgenommen und wegen Nötigung vors Gericht gestellt. Die Proteste waren erfolgreich. Mit dem INF-Vertrag von 1987 wurde der Abzug der Atomraketen besiegelt.

Seit einiger Zeit werfen sich die USA und Russland gegenseitig vor, durch die Entwicklung neuer Waffen den INF-Vertrag zu brechen. US-Präsident Trump hat kürzlich mit seiner Kündigung gedroht. Das hat die Pressehütte Mutlangen zusammen mit anderen Friedensgruppen zum Anlass für eine Postkarten- und Briefaktion genommen. Die Botschafter der USA, Russlands und der Deutsche Außenminister erhalten Post, mit der Aufforderung den INF-Vertrag zu erhalten. Im Brief an den Außenminister Heiko Maas heißt es: „Mit der Warnung vor den Gefahren eines

atomaren Wettrüstens wende ich mich an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam das INF-Abrüstungsabkommen verteidigen.“ Gefordert wird, dass die USA und Russland ihre Vorwürfe in der im Vertrag vereinbarten Überprüfungscommission klären und wo nötig Korrekturmaßnahmen einleiten.“, dabei seien auch die russischen Bedenken und Sorgen gegenüber den USA ernst zu nehmen. Der Außenminister wird aufgefordert, mittels einer Regierungserklärung öffentlich positiv zur nuklearen Abrüstung und der Bedeutung des INF-Vertrag Stellung zu nehmen und unmissverständlich zu erklären, dass eine erneute Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden nicht infrage kommt.“

Von der US-Botschaft ist bei den Initiatoren der Aktion bereits ein Schreiben eingegangen. Darin wird versichert, das Anliegen weiterzuleiten. Aus dem Auswärtigen Amt und von der russischen Botschaft warten wir noch auf Reaktionen. In einem nächsten Schritt werden persönliche Aussprachen angestrebt. Die Banner und Postkartenvorlagen werden durch weitere Rathäuser und das Landratsamt in Aalen wandern, damit durch weitere Postkarten und Briefe weiterhin deutlich wird: Der INF-Vertrag muss erhalten bleiben und alle Atomwaffen müssen verboten werden.

Wolfgang Schlupp-Hauck

Postkarten und Briefvorlage können weiterhin in der Pressehütte bestellt werden:  
Telefon 07171 75661 | mail@pressehuette.de

## IN DIESEM HEFT

### 50 Jahre besteht die AGDF

Zur Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden hat die Pressehütte seit den 80er Jahren Kontakte. Die Friedenswerkstatt wurde in den 90ern Mitglied. Die Vorsitzende Christine Busch besuchte zum Buß- und Betttag Mutlangen. Seite 3



### Der INF-Vertrag ist in Gefahr.

Wir setzen uns für seinen Erhalt ein. Wir werfen einen Blick auf die russischen Sicherheitsinteressen. Seiten 1, 3, 4 und 11



### Krieg und Weltraum

Wir exportieren Krieg und Aufrüstung in den Weltraum. Analysen und Aktionen: Im Blick Seiten 5 – 8 und Seiten 9 - 10

### Ein neues Jahr – ein neues Gesicht



Arailym Kubajeva wird ab Januar in der Pressehütte arbeiten. Seite 2

**Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,**

Krieg, Mord und Totschlag bestimmen die Region in der vor über 2000 Jahren Jesus geboren wurde. Flüchtlinge von dort suchen bei uns Schutz und erfahren immer wieder, dass „in der Herberge kein Platz für sie“ sei. Um Sicherheit für unseren Wohlstand zu schaffen werden Zäune gebaut, Grenzpatrouillen verstärkt und letztlich die nuklearen Massenvernichtungswaffen technisch aufgerüstet.

Nutzen wir die Advents- und Weihnachtszeit, um zu uns zu finden und Kraft zu tanken, auch für unser friedenspolitisches Engagement. Für das neue Jahr haben wir uns mit der Ausweitung des FriedensarbeiterInnen-Projekts viel vorgenommen. Wir danken für die Unterstützung die wir erhalten haben und müssen weitere Spender und Sponsoren finden, um die Anstellung von Arailym Kubajva langfristig zu sichern. Mit der Aktionsreise zur UNO, der Ausbildung zur Kampagnerin und der Teilnahme am Kampagnenrat ist sie schon in unsere Arbeit eingestiegen. Erfahren Sie mehr darüber und über ihre Pläne in nebenstehendem Artikel.

Seit langem haben wir uns in diesem FreiRaum auch dem Bereich der Aufrüstung im Weltraum wieder zugewandt. Regina Hagen berichtet „Im Blick“ über das Global Network und Peter Schulz analysiert die Pläne von US-Präsident Donald Trump für eine Weltraum-Streitmacht. Als ehemaliger Soldat in der NVA wirft er für uns auch einen Blick auf den Streit über den INF-Vertrag, um die russische Perspektive, die von unserer Regierung vernachlässigt wird, zu verdeutlichen.

Das Führen eines konstruktiven Ost-West Dialogs ist eine wichtige Aufgabe für unser weiteres Friedensengagement. Mit Arailym Kubyeva werden wir dafür eine wichtige Unterstützung erhalten.

Mit herzlichen Grüßen



**Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]**



# Stopp der nuklearen Aufrüstung in Deutschland

Foto: WSH

## Unsere neue Friedensarbeiterin

**Im Januar wird Arailym Kubayeva beginnen für die Friedenswerkstatt Mutlangen zu arbeiten. Sie studiert noch in Tübingen Friedens- und Konfliktforschung. Sie wird mit einer halben Stelle in unsere Friedensarbeit einsteigen.**

### Warum hast du dich für diese Stelle entschieden?

Ich glaube wir Menschen können vieles in der Welt bewirken. Für die Entwicklung der Atomwaffen wurden ab 1945 an über 60 Orten unserer schönen Welt Atomwaffentests durchgeführt, so auch in Kasachstan, wo ich herkomme. Man nimmt die katastrophalen menschlichen und ökologischen Folgen in Kauf. Solange Atomwaffen existieren, bedroht ihr möglicher Einsatz alles Leben auf unserer Welt.

Die Generationen von Hiroshima und Nagasaki bis zu den 80-ern Jahren hinaus waren sehr mit dem Thema vertraut, sind in diesem Kontext aufgewachsen und haben sich sehr engagiert.

Heutzutage ist es so, dass es weder die mediale und öffentliche Aufklärung und Diskussion über die Gefahr dieser Waffen, noch die ausreichende Aufarbeitung des Themas in den Bildungseinrichtungen dazu gibt.

Das macht mir Sorgen, denn es ist wichtig, an diesem wichtigen Thema, wahrscheinlich wichtigsten Thema der Menschheit heute, weiter zu arbeiten. Ich will in Mutlangen und darüber hinaus daran arbeiten, dass die Gefahr der Atomwaffen nicht in Vergessenheit gerät und wir einem weltweiten Atomwaffenverbot ein Stück näher kommen.

### Was ist dir für deine Arbeit in der Friedenswerkstatt wichtig?

Es ist wichtig, sich nicht zu verzetteln. Besser an wenigen Projekten, aber darin effizient zu arbeiten. Die Bildungsarbeit liegt mir sehr am Herzen. Ich möchte für die Menschen der Region um Mutlangen und darüber hinaus, das Foto- und Videomaterial der Aktionen des Zivilen Ungehorsams und Blockaden, sowie Demonstrationen und anderer Protestformen aufarbeiten und damit in den Schulen oder für die breitere Öffentlichkeit in anderen Bundesländern zugänglich machen.

Damit will ich Anstöße für ein Engagement heute gegeben. Mir ist es sehr wichtig die Ergebnisse meiner Arbeit zu sehen, von daher werde ich mit den Aktiven in der Pressehütte Projekte entwickeln, deren Erfolg sich überprüfen lässt.

### Du bist bereit Friedensgruppen für einen Vortrag zu besuchen. Zu welchen Themen kannst du angefragt werden?

Ich kann in Englisch, Russisch und Deutsch referieren zu: Atomwaffen allgemein u.a. den Bezug zum Klimawandel, den zivilgesellschaftlichen Kampagnen u.a. Neuseeland als Erfolgsbeispiel, gewaltfreien Widerstandsbewegungen aus der wissenschaftlichen Perspektive und zu Frage der Investition in die Atomwaffenindustrie mit dem Thema Desinvestition.

### Was sind die Pläne der Kampagne Büchel ist überall – atomwaffenfrei. Jetzt für das kommende Jahr? Wie wirst du dich selbst in die Kampagne einbringen?

Es wird wieder eine Aktionspräsenz von März bis August geben. Die Lobbyarbeit soll verstärkt werden. Weil es möglich ist, dass die Grünen sich an der nächsten Regierung beteiligen, sollte man ihre Präsenz in Büchel einfordern. Die SPD-Politiker sollten auch mehr in den Fokus genommen werden. FDP und CDU sollten mit der Option des Blamings „*Thr wollt die Bombe*“ betrachtet werden. Ich bin als Koordinatorin der AG Bildung ab Januar ernannt worden und werde mich dafür einsetzen, das Grundwissen zum Thema Atomwaffen in der Öffentlichkeit und Bildungseinrichtungen zu stärken.

**Übrigens: Das Strategie- und Planungstreffen der Kampagne ist offen: jeder darf dabei sein. Kommt doch beim nächsten Treffen am 2.–3. 2019 in Mainz vorbei!**



Am 3. und 4. Dezember tagten die Außenminister der NATO in Brüssel

Foto: NATO

## Drohungen wie im Kalten Krieg

**Zuerst gab es nur vage Vorwürfe. Dann folgte die Drohung Trumps, aus dem INF-Vertrag auszusteigen. Jetzt schlossen sich die NATO-Außenminister einstimmig den US-amerikanischen Vorwürfen an. Die USA setzen ein Ultimatum von zwei Monaten, Sicherheitsgarantien für Russland wurden dabei keine angeboten.**

Auf ihrer Außenministertagung Anfang Dezember stellten die NATO-Mitglieder gemeinsam fest, Russland habe neue nuklearfähige Mittelstreckenwaffen entwickelt. Diese Feststellung wurde verschärft durch ein 60-tägiges Ultimatum der USA. Sollte der russische „Vertragsbruch“ fortgesetzt werden, werde der INF-Vertrag gekündigt und die USA würden selbst neue Mittelstreckenraketen entwickeln.

Die USA werfen Russland seit 2013 Vertragsbruch vor, im Herbst drohte US-Präsident Trump erstmals unmissverständlich mit dem Ausstieg aus dem INF-Vertrag. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verlangt nun von Russland, "unverzüglich" zur vollständigen Einhaltung des INF-Vertrages zurückzukehren.

Dass es den kritisierten russischen Marschflugkörper tatsächlich gibt, bestätigte die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa im Dezember 2017 auf einem Pressebriefing. Jedoch entspreche der "bodengestützte Marschflugkörper 9M729 [...] völlig den Anforderungen des Vertrags. ... Sein Ausbau erfolgt strikt gemäß unseren internationalen Verpflichtungen." Russland wirft im Gegenzug den USA Vertragsbruch vor - unter anderem durch den Aufbau von Raketenstarts in Rumänien. Der Bundestagsabgeordnete der Linken Alexander Neu weist darauf hin, dass diese Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen sind. Die US-Raketenabwehr besitze mit dem Starter-System Mk 41 die Fähigkeit, auch nuklear bestückte Marschflugkörper abzuschließen - wie die Herstellerfirma Lockheed Martin auf ihrer Internetseite bestätigt.

Die gegenseitigen Vorwürfe münden in Drohungen wie im Kalten Krieg: Präsident Wladimir Putin wirft den USA vor, den Ausstieg aus dem INF-Abkommen schon lange geplant zu haben. Tatsächlich hatte der US-Kongress auf Antrag der Trump-Regierung für das Haushaltsjahr 2018 eine erste Tranche von 500 Millionen US-Dollar für die Entwicklung einer neuen Mittelstreckenrakete bewilligt. Der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow drohte in Moskau vor ausländischen Militärdiplomaten: „Nicht das Territorium der Vereinigten Staaten, sondern das der Länder, die die Stationierung amerikanische Kurz- und Mittelstreckenraketen zulassen, wird bei einer Antwort Russlands zum Objekt der Zerstörung werden“.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Trittin kritisiert, dass die NATO „Angebote zur Abrüstung - etwa ein Verzicht auf die Raketenabwehr oder ein Ende der Atomwaffen im pfälzischen Büchel“ nicht in Erwägung ziehe.

Der Beschluss von Brüssel und das Ultimatum sind kein gutes Zeichen. Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt, wie im Mutlanger Manifest gefordert, über die gegenseitigen Vorwürfe zu sprechen. Möglichkeiten dazu gäbe es. In der im INF-Vertrag vorgesehen „besonderen Verifizierungskommission“ wurden bisher nur Vorwürfe ausgetauscht sowie diesen widersprochen. Vertrauensbildende Maßnahmen wurden nicht angeboten, noch haben sich die USA um einen Ersatz des INF-Vertrages durch ein neues Vertragswerk bemüht, das auch Nuklearstaaten wie China, Indien und Pakistan mit einbeziehen könnte. Solange diese Optionen nicht ausgeschöpft sind, kann eine Kündigung des INF-Vertrages durch die US-Regierung nur die denkbar schlechteste Lösung sein. Der Streit um den Vertrag eskaliert, eine neue nukleare Aufrüstungsspirale droht, denn es ist davon auszugehen, dass das Ultimatum nicht funktioniert. Nur Abrüstungsverträge können langfristig für Sicherheit und Frieden in Europa und weltweit sorgen!

**Arailym Kubayeva  
Simon Bödecker  
Wolfgang Schlupp-Hauck**

### AGDF – 50 Jahre aktiv für den Frieden

*Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden*

Zum Abschluss der Friedensdekade kam Pfarrerin Christine Busch, die Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft für den Frieden (AGDF), am 21. November nach Schwäbisch Gmünd. Sie predigte im Ökumenischen Gottesdienst zum Buß- und Bettag im Kloster der Franziskanerinnen. Anschließend hielt sie einen Vortrag „Die Kirche und die Atombombe.“ Die AGDF begeht in diesem Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum. 1968 wurde mit der AGDF, der Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden, ein Dach gezimert, das den vielen Friedens-Initiativen und -Ideen in Deutschland Raum geben sollte.

*„Es braucht klare Worte in mehrere Richtungen: politisch eindeutig, denn wir haben Standpunkte. Menschlich entgegenkommend, denn wir wollen Gehör finden und die Herzen erreichen. Solidarisch, denn wir denken und handeln von denen her, die unsere Stimme brauchen. Bescheiden, denn wir wissen, dass wir nicht aus eigener Machtvollkommenheit unterwegs sind.“*

Christine Busch

Theologische Gedankenarbeit und konkretes Friedensengagement kommen in der AGDF zusammen: Kriegsdienstverweigerung, gewaltfreie Konfliktlösungen, Transformation von Konflikten, Schwerter zu Pflugscharen und Frieden schaffen ohne Waffen, Kampf dem Atomtod und freiwillige Friedensdienste. Heute sind 32 Friedensorganisationen Mitglied der AGDF.

Mit der Pressehütte ist die AGDF über die Durchführung von internationalen Workcamps seit Beginn der 80er Jahre verbunden. Die Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist in den 90er Jahren Mitglied in diesem Dachverband geworden. Die AGDF bezuschusste u.a. die Aktionsreisen mit jungen Menschen zur UNO. Am Pressegespräch beteiligten sich auch die Gmünder evangelische Dekanin Ursula Richter, die unser FriedensarbeiterInnenprojekt unterstützt, und der katholische Pfarrer Michael Holl, Mitglied im Vorstand der Friedenswerkstatt. Beide Gmünder Tageszeitungen berichteten.



Vorführung der Bewaffnung einer Raketenbrigade am 23. Februar 2018 in Schuja, links das ballistische Raketensystem 9M723 ISKANDER (250 km), rechts Flügelraketen vom Typ 9M728 ISKANDER-K (500 km), Foto: Peter Schulz

## Zur Ankündigung des US-amerikanischen Ausstieges aus dem INF-Vertrag

**Am 20. Oktober 2018 drohte US-Präsident Donald Trump, dass die USA den INF-Vertrag kündigen könnte. Nachdem die USA 2001 aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen sind, wäre mit der Kündigung des INF-Vertrages, der erstmals ein echter Abrüstungsvertrag ist, ein weiterer Schritt zur Verabschiedung aus internationalen vertraglichen Regelungen gemacht.**

Die Vorwürfe, dass Russland den Vertrag mit Cruise Missiles mittlerer Reichweite unterlaufe, kamen schon vor Jahren in die Welt. Es wurde behauptet, dass die Cruise Missile 9M728 (SSC-8) die Waffe wäre, die dem Vorwurf entspricht. Doch dies konnte bis heute nicht belegt werden. Das Treibstoffvolumen aller Lenkwaffen unterliegt physikalischen Gesetzen – mit dem Kaliber und der Länge dieser russischen landgestützten Startanlagen sind nach meinen Kenntnissen keine Mittelstreckenreichweiten inklusive kürzerer Reichweiten ab 500 km in Einklang zu bringen.

Seitdem im rumänischen Deveselu das landgestützte Aegis-Raketenabwehrsystem bestehend aus der Startanlage Mk.41 und 24 Abfangraketen vom Typ SM-3 IB stationiert ist, sehe ich seitens der USA einen Verstoß gegen den INF-Vertrag vorliegen. Mit der Mk.41 können auch Cruise Missiles vom Typ Tomahawk verschossen werden. Für mich nimmt also kein Wunder, dass die USA schnell aus dem Vertrag aussteigen wollen. Am 21. Oktober 2018 besuchte Senator John Bolton Moskau. Wladimir Putin verwies darauf, dass man endlich mit Russland sprechen müsse. Es wäre wichtig, den Dialog nicht auf höchster oder hoher

Ebene zu führen, sondern auf Expertenebene. Nicht Russland wolle sich aus der Vereinbarung zurückziehen, "die Amerikaner planen dies zu tun". Noch deutlicher wurde Wladimir Putin bei einem Treffen mit der Führung des Verteidigungsministeriums am 19. November 2018 in Sotschi:

*„Wir sind bereit, den Dialog über diese Schlüsselfrage mit den US-Partnern zu führen. Wir hoffen darauf, dass sie daran mit voller Verantwortung herangehen werden. Denn der Beschluss der Vereinigten Staaten, aus dem INF-Vertrag auszusteigen, kann und wird zweifellos nicht ohne Reaktion unseres Landes bleiben.“*

Richtig ist, dass der INF-Vertrag als bilateraler Vertrag abgeschlossen wurde. Nach Beendigung des Kalten Krieges haben wir eine multilaterale Welt. Gerade bei den Mittelstreckenwaffen haben wir die Situation, dass mehrere asiatische Staaten mit landgestützten Mittelstreckenwaffen ausgerüstet sind (China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan und Saudi-Arabien), Russland und die USA verfügen über eine Reihe see- und luftgestützter Mittelstreckenraketen. Ein besonderer Dorn im Auge der US-Militärs stellen die chinesischen Mittelstreckenraketen vom Typ Dongfeng 21 dar.

Sie dienen der Bekämpfung von Flugzeugträgern, die für den pazifischen Kriegsschauplatz eine entscheidende Rolle spielen. Die Konsequenzen eines gekündigten INF-Vertrags für Europa stehen allen FreiRaum-Lesern klar vor Augen, die Zeit würde um 35 Jahre zurückgedreht werden. Der deutsche Außenminister Heiko Maas kündigte am 23. Oktober 2018 an, sich für eine Rettung des INF-Vertrags einzusetzen: *„Dieses Abkommen berührt lebenswichtige Interessen Europas. Solange es noch eine Chance gibt, das Abkommen zu erhalten, wollen wir mit allen diplomatischen Mitteln dafür kämpfen.“*

Der im letzten FreiRaum veröffentlichte Brief an ihn verlangt zu Recht: *„Lassen Sie uns gemeinsam das INF-Abrüstungsabkommen verteidigen.“* und dabei auch *„die russischen Bedenken und Sorgen gegenüber den USA ernst zu nehmen.“* Drängen wir weiter auf eine unmissverständliche deutsche Erklärung, dass *„eine erneute Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden nicht infrage kommt.“*

**Peter Schulz**

Luftfahrtmuseum Finowfurt, Arbeitsgruppe »Kalter Krieg«, weitere Informationen: [www.peterhall.de](http://www.peterhall.de)

Die Bedeutung des Weltraums für die Kriegsführung wächst. Das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space entstand aus dem Protest gegen die 35 kg Plutonium für die Energieerzeugung der Cassini Mission. Die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen und der Versöhnungsbund – Deutscher Zweig sind ihm damals in den 90 Jahren beigetreten: Macht den Himmel nicht zur Hölle.



Das Global Network demonstriert an der US-Basis Croughton (Foto: Will Griffin)

## Neuer Run auf den Weltraum

Der Weltraum hat Konjunktur, die großen Raumfahrtationen kriegen immer mehr Konkurrenz. Die großen, das sind Russland und die USA. Daneben haben sich China, Japan, Indien und Frankreich etabliert; auch Iran, Israel, Nord- und Südkorea bewiesen ihre Weltraumambitionen. Über die Europäische Weltraumagentur ESA und das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrtforschung DLR mischt Deutschland kräftig mit.

### DER RUN INS ALL HAT VIELE GRÜNDE:

- Seit Jahrzehnten sind der Forscherdrang, die Lust an der Entdeckung von Neuem, die wissenschaftliche Erkundung des nahen und fernen Weltraums ungebrochen.
- Kommerzielle und staatliche Dienste, wie Satellitenfernsehen, Satellitennavigation, Erd- und Wetterbeobachtung aus der Erdumlaufbahn, sind aus dem Alltagsraum noch wegzudenken.
- Die (Land-) Wirtschaft nutzt Weltraumanwendungen intensiv, sowohl als Technik wie als Profitmotor.

- Der Zugang zum Weltraum ist durch die Konkurrenz privater Anbieter, wie SpaceX, billiger geworden und rückt in Kombination mit fortgeschrittenen Roboteranwendungen die Ausbeute wertvoller Rohstoffe auf Mond, Asteroiden oder gar Planeten in greifbare Nähe.
- Die Raumfahrt wird seit ihren Anfängen militärisch genutzt – die zivile und wissenschaftliche Nutzung kam erst später, das gilt in der Regel auch für neue Raumfahrtationen. Insgesamt schreitet die Militarisierung des Weltraums rasch voran.

### DIE RISIKEN SIND GROSS

Dieser Run bringt negative Begleiterscheinungen mit sich.

- Der Weltraumvertrag von 1967 weist den Weltraum als Gemeingut aus, kein Staat und keine Privatperson darf »Himmelskörper« einfach in Besitz nehmen. Das aber würden Unternehmen oder Staaten tun, wenn sie im Weltraum Rohstoffe abbauen und vor Ort verwerten oder zur Erde bringen. Die »Kolonisierung des Weltraums« geistert als Schlagwort schon lange durch die Literatur, jetzt sehen selbst kleine Staaten, z.B. Luxemburg, Raumfahrt als »Geschäftsfeld« der Zukunft.

- Weltraummissionen werden meist solar mit Strom versorgt. Sonnenenergie reicht aber nicht immer aus, daher nutzten die USA und Russland schon in der Vergangenheit Kernenergie für Weltraummissionen. Folge: Es befinden sich Dutzende Reaktoren, Plutoniumbatterien oder nukleare Heizelemente im Weltraum. Mit Einrichtungen wie einer Marskolonie würde Nukleartechnologie noch stärker zum Einsatz kommen.
- Und dann ist da noch das Militär. Ob satellitengestützte Kommunikation, Navigation, Aufklärung bzw. Spionage und Wettervorhersagen die heutige Art der Kriegsführung, aus großer Entfernung und Höhe, mit Drohnen und anderen autonomen Systemen, kommt ohne die wachsende Infrastruktur im All nicht aus. Die USA haben etwa 800 militärisch genutzte Satelliten im Erdorbit, China gut 200. Immer häufiger ist sogar von der Bewaffnung des Weltraums die Rede, ein entsprechendes Wettrüsten, aktuell zwischen den USA, Russland und China, scheint im Gange. Dafür braucht es nicht unbedingt spezielle Weltraumwaffen, Raketenabwehrsysteme wurden bereits für Antisatellitentests verwendet.

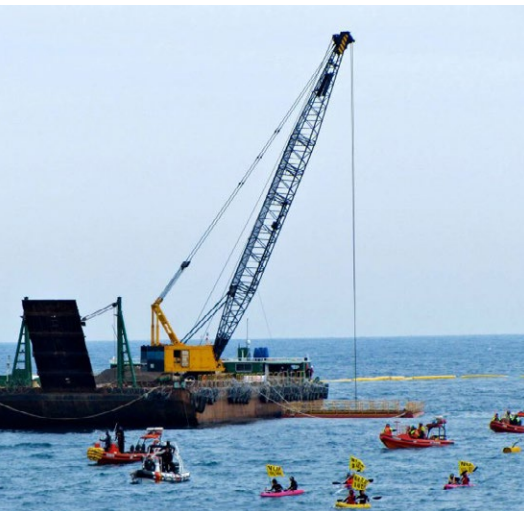
Regina Hagen



Um diese und andere Themen drehte sich von 22. bis 24. Juni 2018 in Oxford/England die 26. Jahrestagung des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space, dem in Deutschland die Friedens- und Begegnungsstätte und das Darmstädter Friedensforum als aktive Mitglieder angehören. Einige Einzelthemen werden in diesem »Im Blick« näher beleuchtet.

# Kampf auf Jeju Island geht weiter

2011 wurde die vor Südkorea gelegene Insel Jeju aufgrund ihrer grandiosen Schönheit als eines der sieben Weltwunder benannt. Die von Kratern und höhlenartigen Lavaröhren geprägte Vulkanlandschaft von Jeju ist seit 2007 als UNESCO-Weltnaturerbe gelistet. Rund um das Dorf Gangjeong liegen zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, direkt vor der Küste gibt es große Weichkorallenvorkommen. All das hinderte die Regierungen Südkoreas nicht, hier eine monströse Marinebasis ins Meer zu bauen.



Protestboote im Meer

Foto: Save Jeju Now

Sung-hee Choi berichtete von dem 480.000 Quadratmetern großen »Jeju Civilian-Military Complex Port«, der seit 2016 in Betrieb ist. Der militärische Teil ist für 20 Kriegsschiffe und drei U-Boote ausgelegt, der zivile für zwei Kreuzfahrtschiffe. Allerdings: Südkorea hat bislang gar keine Hochseeflotte, der Hafen wird vor allem vom US-Militär genutzt und reiht sich damit ein in die wachsende Anzahl militärischer Stützpunkte, die die USA im Rahmen ihres »Pivot to Asia« im Indischen und im Pazifischen Ozean auf- und ausbauen. Insbesondere für US-Zerstörer, die mit dem Raketenabwehrsystem »Aegis« ausgerüstet sind, ist der Hafen aus geostrategischen Gründen relevant.

Die gewaltfreien Proteste gegen den Hafen hielten im Juni 2018 schon mehr als 4.000 Tage ohne Unterbrechung an. Direkt neben dem Hafen ist nun auch noch ein militärischer Luftwaffenstützpunkt im Gespräch. Die Bewohner\*innen von Jeju reagieren auf all dies empfindlich: Während des Koreakrieges hatten die unter US-Befehl stehenden südkoreanischen Sicherheitskräfte einen Aufstand der lokalen Fischer und Bauern unterdrückt, dabei starben 60.000 Menschen. Diese Vergangenheit ist vor Ort sehr präsent.

**WEITERE INFORMATIONEN**  
[savejejunow.org](http://savejejunow.org)

# US-Interessen im Weltraum

Seit Jahren blockiert die US-Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz jeglichen Fortschritt, seit 22 Jahren können sich die Diplomaten nicht einmal auf ein Arbeitsprogramm einigen. Ein Grund ist die Weigerung der USA, über die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum zu verhandeln, obgleich Russland und China mehrere Entwürfe für einen entsprechenden Vertrag vorgelegt hatten. Begründung: Es gäbe kein Wettrüsten im Weltraum, deshalb brauche man darüber nicht zu verhandeln.



Bruce Gagnon, Koordinator des Global Network

Foto: Will Griffin

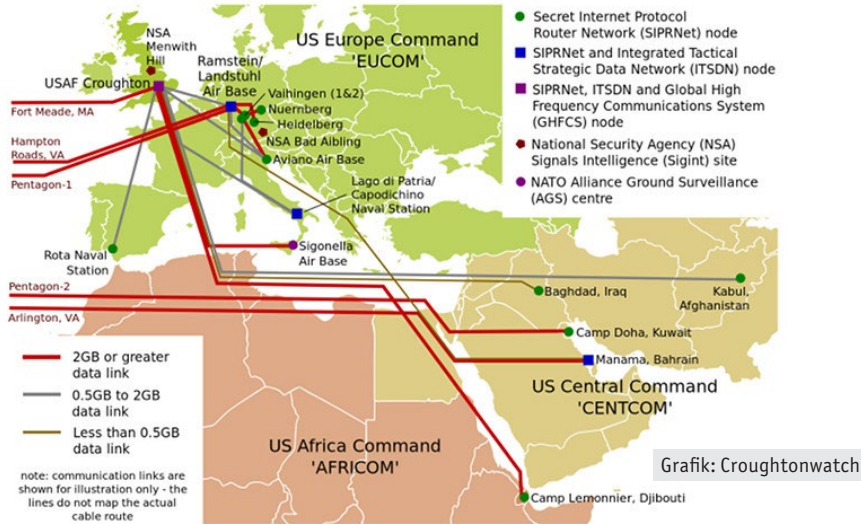
Mitte Juni 2018 beseitigte US-Präsident Trump jeden Zweifel an seiner Haltung zum Thema. In einer Sitzung des Nationalen Weltraumrates der USA teilte er mit, er habe das Verteidigungsministerium angewiesen, eine sechste Teilstreitkraft aufzustellen, speziell für den Weltraum: »Zur Verteidigung Amerikas reicht eine einfache Präsenz im Weltraum nicht, wir müssen den Weltraum dominieren«, erklärte er. Im August legte Vizepräsident Pence nach: »Die Zeit ist gekommen für das nächste, großartige Kapitel in der Geschichte unseres Militärs. Um für das nächste Schlachtfeld gerüstet zu sein, auf dem Amerikas Beste und Tapferste aufgerufen sein werden, neue Bedrohungen für unsere Nation abzuwehren und zu besiegen.« US-Verteidigungsminister Mattis bestätigte: »Wir werden uns darauf vorbereiten, im Weltraum Angriffswaffen einzusetzen, falls jemand entscheidet, den Weltraum zu militarisieren und in die Offensive zu gehen.« Pence legte nach und betonte, der Weltraum sei »eine Domäne der Kriegsführung, so wie Land, Luft und See«. Noch ist nicht entschieden, dass es zur Einrichtung der neuen Streitkraft kommt, der Kongress muss das zuvor genehmigen und Gelder dafür freigeben. Die Rüstungsspirale im Weltraum dreht sich aber weiter. Bereits 1997 hatte das US Space Command, eine Einheit der US-Luftwaffe, angekündigt, es wolle die »Weltraumdimension der militärischen Operationen« dominieren und »Weltraumstreitkräfte über das gesamte Konfliktspektrum in die Kriegsführungsfähigkeiten« integrieren. Die »Rumsfeld

Commission« war im Jahr 2001 davon überzeugt, die USA würden in absehbarer Zeit »zur Unterstützung der nationalen Interessen auf der Erde wie im Weltraum Operationen in den, aus dem, im und durch den Weltraum durchführen«. Den Reigen entsprechender Test eröffnete 2007 allerdings China, als es gut 800 km über der Erde einen eigenen, nicht mehrfunktionsfähigen Satelliten mit einer Rakete in Stücke zerschoss. Die USA zogen ein Jahr später nach und programmierten ein Aegis-Raketenabwehrsystem so um, dass sie damit einen eigenen Satelliten abschießen konnten, der auf einen Absturzkurs geraten war. Bruce Gagnon, Koordinator des Global Network, nannte bei der Global-Network-Tagung 2018 zwei Ziele des US-Programms zur Weltraumbewaffnung: die Erde im Interesse der großen Wirtschaftskonzerne zu kontrollieren und die Technologien zu entwickeln, die es erlauben, den Weg zwischen Erde und Weltraum und damit auch die Transportrouten für die Rohstoffausbeute im Weltraum zu kontrollieren. Er sieht nicht das US-Militär als treibende Kraft: »Trumps Wunsch, eine militärische Weltraumstreitkraft aufzustellen, zeigt, dass die Luft- und Raumfahrtindustrie, die von diesem, dem größten Industrievorhaben der Menschheitsgeschichte, riesige Profite erwartet, das Ruder fest in der Hand hält.« Sein Appell: »Wir müssen eine internationale Opposition gegen diese furchterregenden Pläne aufbauen. [...] Wer erinnert sich an die oberste Maxime aus der Fernsehserie Star Trek – »Richte keinen Schaden an?«

**WEITERE INFORMATIONEN: DAS REFERAT VON BRUCE GAGNON**  
[www.space4peace.org/actions/gnconf\\_18/Bruce\\_Gagnon\\_Oxford\\_18.pdf](http://www.space4peace.org/actions/gnconf_18/Bruce_Gagnon_Oxford_18.pdf)

# Vor Ort in Croughton

Zu einer Global-Network-Tagung gehört als fester Programmpunkt immer der Besuch einer lokalen Einrichtung, die für die enge Verknüpfung von Weltraumtechnologie und militärischer Weltraumnutzung steht. Unweit von Oxford befindet sich der Stützpunkt Croughton, der offiziell als Gelände der britischen Luftwaffe ausgewiesen ist, seit Ende der 1950er Jahre aber von der US Air Force genutzt wird. Paul Mobbs, der in der Nähe von Croughton wohnt und die Internetseite »Croughtonwatch« betreibt, teilte sein Wissen in Plenumsvorträgen und bei dem Vor-Ort-Besuch mit den Tagungsteilnehmer\*innen.



Grafik: Croughtonwatch

Croughton spielt für die USA eine Schlüsselrolle bei der Kommunikation und Kampfunterstützung. Nach offiziellen Angaben wird ein Drittel der gesamten militärischen Kommunikation zwischen Europa und den USA über Croughton geleitet – darunter auch die Kommunikation mit und aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika. In Croughton werden mehr als 20 unterschiedliche Kommunikations- und Verteidigungssysteme der USA unterstützt. Es gilt u.a. als »Relaisstation« der CIA und bindet z.B. die US-Basis in Dschibuti an, von der die Drohnenangriffe auf Jemen koordiniert werden. In Croughton verschwimmen die Zuständigkeit militärischer und ziviler Behörden:

- Der Stützpunkt gehört zur US Air Force, und die Infrastruktur vor Ort wird von der US Defense Information Systems Agency (DISA) gestellt und betreut, einer Behörde des US-Verteidigungsministeriums.
- Vor Ort ist sowohl der US-Auslandsnachrichtendienst CIA vertreten als auch der militärische Auslandsgeheimdienst NSA.
- Croughton beliefert neben dem Militär auch den US-Präsidenten, das US-Außenministerium und andere zivile staatliche Stellen der USA mit Daten, darunter die Drogenvollzugsbehörde des US-Justizministeriums, die fast 100 Büros im Ausland unterhält.
- Nicht öffentlich bekannt ist, wie das für die Informationskriegsführung der USA zuständige Cyber Command in Croughton eingebunden ist.

Croughton ist also für zivile US-Einrichtungen wichtig, vor allem aber für die Kriegsführung der USA – und der NATO. Der auf dem Stützpunkt beherbergte »Joint Intelligence Analysis Complex« (JIAC) kommt ins Spiel, wenn es um den Umgang mit den

unvorstellbar großen Datenmengen geht, die vom Militär, den Geheimdiensten und zivilen Strafverfolgungsbehörden gesammelt werden, sei es als Ergebnis von Luft- und Satellitenaufklärung oder der Auswertung sozialer Netzwerke. Erst Lösungen aus der Data Science – Datenwissenschaft oder, um einen populäreren Begriff zu verwenden, »Big Data« machen die Daten verwertbar und damit nützlich. Dazu werden Megadaten erzeugt, die die erhobenen Rohdaten beschreiben. Im JIAC werden die Daten zusammengeführt, es werden Verbindungen zwischen ihnen hergestellt, und das Ganze wird in einen Kontext gestellt. Anschließend ist die Visualisierung bestimmter Informationssätze möglich. Dies wird als »Datenfusion« bezeichnet.

Paul Mobbs beschreibt die Rolle des JIAC so: „In einer Zeit, in der Technologie die traditionellen Medien und politischen Machtstrukturen zerstört, hat das JIAC – sowohl in der realen Welt als auch im Cyberspace – Überwachung und Intervention zum Ziel, um die Macht der USA und ihrer Verbündeten zu stärken. Das Problem dabei ist, dass in dem Prozess auch zivilgesellschaftliche Gruppen oder ganz gewöhnliche Mitglieder der Öffentlichkeit sehr leicht als »Feind« ihrer eigenen oder der US-Regierung markiert werden können. Im Westen beeinträchtigt diese Einstufung nur Deine Privatsphäre oder Freiheit, im Mittleren Osten und Afrika könnte das [...] realistischerweise Folter oder Tod bedeuten.“

WEITERE INFORMATIONEN  
[www.fraw.org.uk/croughtonwatch](http://www.fraw.org.uk/croughtonwatch)

# Maritius und Diego Garcia

Mitten im Indischen Ozean liegt die kleine Inselgruppe Mauritius, bis 1968 eine britische Kolonie, seither unabhängig und Mitglied der Afrikanischen Union. Das Land hängt vom Zuckerrohranbau ab – und hat kein Militär. Entmilitarisiert ist es dennoch nicht. Grund: Der Chagos-Archipel, ein Teil der Inselgruppe, wurde vor der Entlassung in die Unabhängigkeit von Großbritannien ausgegliedert und verblieb bei der Kolonialmacht. Die verpachtete die größte Insel des Archipels, Diego Garcia, für 50 Jahre an die USA; der Pachtvertrag wurde inzwischen bis 2037 verlängert.

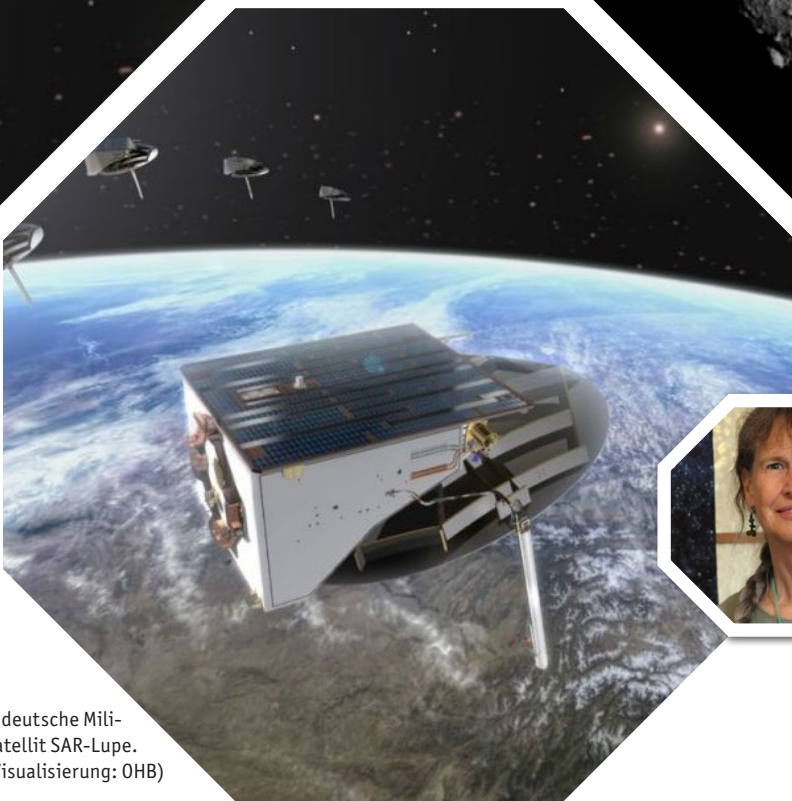
George Alain beschrieb das Problem: Diego Garcia war vor der Verpachtung kein leeres Land. Die Bewohner\*innen wurden zwangsweise umgesiedelt, die meisten nach Mauritius, wo viele unter erbärmlichen Umständen starben. Die USA machten Diego Garcia zu einem ausschließlich militärisch und geheimdienstlich genutzten Außenposten. Der Militärflughafen von Diego Garcia wird für die Bombenangriffe der USA, u.a. in Afghanistan, genutzt, der Spionagedienst NSA ist auf der Militärbasis angesiedelt, und die US Air Force betreibt dort Anlagen zur Überwachung des Weltraums und für Kontroll- und Kommandoaufgaben seines Weltraumkommandos.

Die Chagossianer\*innen wollen sich damit nicht abfinden. Sie fordern die vollständige Dekolonialisierung von Mauritius sowie die Schließung der US-Militärbasis auf Diego Garcia und die Renaturierung des Archipels durch die USA. Sie kämpfen um das Rückkehrrecht und die Entschädigung der Chagossianer\*innen und ziehen dafür auch vor internationale Gerichtshöfe. Außerdem bemühen sie sich um internationale Unterstützung für ihren Kampf.



Foto: wikipedia

rechts: Bergbaupläne auf Mond  
und Asteroiden werfen Eigentums-  
fragen auf (Foto: ESA)



Der deutsche Mil-  
tärsatellit SAR-Lupe.  
(Visualisierung: OHB)



#### ZUR AUTORIN

Regina Hagen gehört zum Vorstand des Global Network. Sie ist aktiv im Darmstädter Friedensforum und im deutschen Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!« und ist verantwortliche Redakteurin der Quartalszeitschrift »Wissenschaft und Frieden«.

## Weltraumsplitter aus Deutschland und Europa

**Regierungen und Privatunternehmen machen sich stark für die Rohstoffausbeute im Weltraum. Im Fokus steht die Suche nach Wasservorkommen, Seltenen Erden, Edelmetallen oder Helium-3 auf von Mond, Asteroiden und Planeten. Die tageszeitung (taz) zitierte am 15.8.2017 einen Berater des Investmentunternehmens Goldman Sachs, der glaubt: „Ein einzelner Asteroid von der Größe eines Football-Feldes könnte Platin im Wert von 26 bis 50 Milliarden enthalten.“ Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und die Europäische Weltraumagentur (ESA) sind an mehreren Asteroiden-Missionen beteiligt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert im September 2018 von der deutschen Regierung die Schaffung von »Rahmenbedingungen« für kommerzielle Weltraumaktivitäten.**

Weltraumressourcen juristisch absichern  
Seit August 2017 ist in Luxemburg das »Gesetz über die Erforschung und Nutzung von Weltraum-Ressourcen« in Kraft. Es schreibt vor, dass für die Rohstoffausbeute eine Genehmigung der luxemburgischen Regierung erforderlich ist. Diese wird nur an Unternehmen mit Sitz in Luxemburg erteilt, die dürfen dann allerdings die Rohstoffe, die sie im Weltraum abbauen, frei vermarkten. Dies widerspricht den Bestimmungen des Weltraumvertrags von 1967, der den Weltraum und die Himmelskörper zum gemeinsamen Erbe der Menschheit erklärt und jede nationale Aneignung untersagt. Luxemburg ficht das nicht an: Im September 2018 wurde die Luxembourg Space Agency gegründet, die sich auch selbst um den Bergbau auf Asteroiden kümmern soll.  
Weltraum und die Bundeswehr  
2009 wurde in Uedem (NRW) das zivil-militärische »Weltraumlagezentrum« eröffnet. Diese soll den „Schutz der Raumfahrtsysteme“ gewährleisten, darunter der rein militärischen Bundeswehrsatelliten SatComBW und SAR-Lupe. Denn, so ist auf luftwaffe.de zu lesen: „Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit von Weltraumanwendungen,

die Überwachung und Kontrolle der Weltraumnutzung sowie die Aufklärung im All sind für eine situationsgerechte, unabhängige strategische Entscheidungsfindung unabdingbar.“ Der Schritt von der Überwachung zur militärischen Operation scheint naheliegend. So erläuterte der Verteidigungsexperte Christian Thiels kürzlich für die Tagesschau: „Allerdings soll es langfristig auch die Möglichkeiten geben, eigene militärische Operationen im All durchzuführen – etwa, um Gegner an Angriffen auf deutsche Satelliten oder Raketenangriffe aus dem All auf Deutschland zu hindern.“ Die Rüstungsspirale im Weltraum dreht sich auch für Deutschland.  
Und sonst?  
Der Platz in diesem »Im Blick« reicht bei Weitem nicht aus, um alle Berichte, Referate und Workshops der Global-Network-Tagung abzudecken. Ein ausführlicher Tagungsbericht und Videos von der Tagung sind auf der Website des Global Network zu finden: [www.space4peace.org](http://www.space4peace.org). Dort sind auch die Referate und PowerPoint-Folien eingestellt, die schriftlich eingereicht wurden.

Anstelle eines Jahrestreffens findet 2019 eine Reise nach Russland statt, und zwar nach Moskau, Sankt Petersburg und auf die Krim. Ziel der Reise ist die direkte Kontaktaufnahme, um der allgegenwärtigen Feindbildproduktion entgegenzuwirken.



Pressehütte



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG ([www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)) und SPINNRAD ([www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)) beigelegt.

Redaktion  
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de) oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

**Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.**  
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

**Spendenkonto**  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499  
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPDE6AXXX  
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Modell eines Overlay-Satelliten aus dem SDI-Programm zur Raketenabwehr – noch nur im Museum

Foto: Peter Schulz

## USA WOLLEN WELTRAUMSTREITKRÄFTE AUFSTELLEN

# Den Weltraum dominieren, die Erde beherrschen

Am 13. März 2018 verkündete US-Präsident Donald Trump auf der Luftwaffenbasis Miramar, dass die Streitkräfte seines Landes um eine sechste Teilstreitkraft erweitert werden sollten. Drei Monate später (18. Juni 2018) erließ er dazu eine Präsidentendirektive und führte aus:

*„Wir wollen nicht von anderen Ländern wie China oder Russland angeführt werden. Wir haben stets den Rest der Welt geführt und wir werden auch wieder zu den Anführern im Weltraum werden. Weit vor allen anderen... Meine Administration beansprucht Amerikas Erbe als die weltweit großartigste Raumfahrt betreibende Nation. Es ist die Essenz des amerikanischen Charakters, neue Horizonte zu erforschen und neue Grenzen zu überwinden. Unser Schicksal jenseits der Erde ist aber nicht nur eine Frage der nationalen Identität, sondern auch die der nationalen Sicherheit. Das ist so sehr wichtig für unser Militär. Es ist so wichtig, aber die Menschen sprechen nicht darüber. Wenn es um die Verteidigung der USA geht, so reicht es nicht aus, im Weltall präsent zu sein, wir müssen das Weltall dominieren. Das ist so wichtig.“*

## EINE SECHSTE STREITKRAFT

*„Und da dies so wichtig ist, ordne ich hiermit das Verteidigungsministerium und das Pentagon zur unmittelbaren Schaffung und Einrichtung einer ‚Space Force‘ als sechste Teilstreitkraft der USA. Das ist ein großes Statement. Es wird die ‚Air Force‘ geben und es wird die ‚Space Force‘ geben, die voneinander getrennt aber gleichwertig agieren werden. Das ist wirklich etwas Besonderes.“*

2016 investierten alle Regierungen dieser Welt 83 Milliarden Dollar in den Kosmos, davon die USA mehr als 57 Prozent. Von den 1886 funktionsfähigen Satelliten werden derzeit 842 durch die USA betrieben – d.h. fast 45%, dabei sind internationale Unternehmungen unter Führung von US-Regierungsstellen ausgenommen. Zum Anteil weltraumbasierter US Militärtechnik gibt es kaum zuverlässige Angaben. 134 US-Satelliten werden eindeutig von militärischen Dienststellen betrieben. Inwieweit kommerzielle Satelliten militärischen Aufgaben dienen, ist vage.

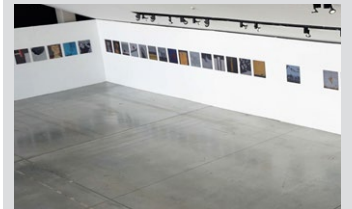
# 50 Cities 50 Traces

Klaudia Dietewich  
Sept. 21 - Dec. 9

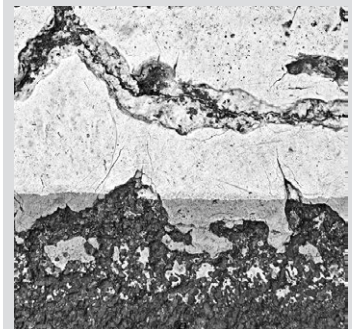
This exhibition is presented by Remembering Hiroshima, Imagining Peace, Mayors for Peace, City of Asylum, and The Pittsburgh Cultural Trust.

## 50 Städte – 50 – Spuren Eine Welt ohne Atomwaffen

Die Ausstellung mit den Kunstwerken von Klaudia Dietewich wandert nach dem Auftakt in Deutschland nun durch ausländische Ausstellungsorte: Ypern in Belgien, Pittsburgh in den USA und Hiroshima in Japan.



Die Ausstellung in Ypern



Spur von Ypern

Die Ausstellungsorte für das neue Jahr finden sich auf der Homepage [www.50cities-50-traces.org](http://www.50cities-50-traces.org)

Inzwischen kann man auch die Ausstellungseröffnung in Pittsburgh auf Youtube sehen: <https://youtu.be/R5vGHDXPCEY>  
Kurzversion

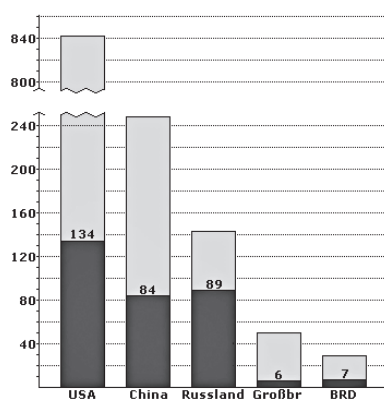
<https://youtu.be/NKAPZRGlsKM>  
Langversion



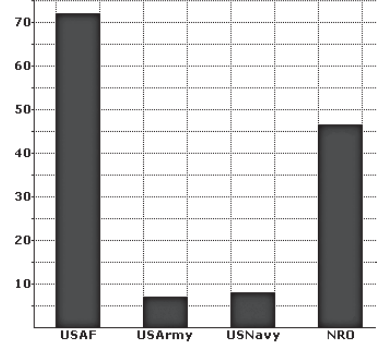
Ausstellungseröffnung in Hiroshima



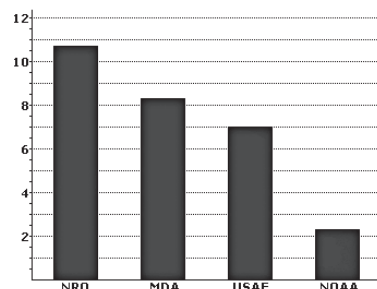
**Anzahl militärischer Satelliten**



**Anzahl militärischer Satelliten**



**Budget für Weltraum basierte Programme (in Mrd. Dollar, 2016)**



NRO National Reconnaissance Office  
MDA Missile Defense Agency

### KRIEGFÜHRUNG AUS DEM WELTRAUM

Die Aktivitäten zur Schaffung von Weltraumtruppen basieren auf der Tatsache, dass weltraumbasierte Technik integraler Bestandteil von Gefechtshandlungen ist. Joint Warfare, d.h. vor allem, dass der Gegner aus dem Weltall aufgeklärt wird, die Truppen via Satellit kommandiert werden, die ballistischen Raketen, Marschflugkörper oder Drohnen mittels kosmischen Datenlinks ihre Ziele präzise treffen.

Finanziell wurde Trumps Weltraumkampf-ansage am 13. August 2018 im National Defense Authorization Act für das Finanzjahr 2019 gedeckelt. Danach soll die Schaffung der Weltraumtruppen durch Reformierung der Weltraumaktivitäten sowohl des Verteidigungsministeriums als auch der US-Luftwaffe vorangetrieben werden

Die US Army unterhält Nanosatelliten für die Raketenabwehr, die US Navy kontrolliert Kommunikationssatelliten für ein gesondertes Nachrichtennetz (UHF-Follow-One). Bisher deutet alles darauf hin, dass die USA 2020 ihre Weltraumtruppen gründen werden. Der Hauptanteil dieser neuen Teilstreitkräfte wird aus Weltraumkommando der Luftwaffe (Air Force Space Command) hervorgehen.

Bereits heute betreibt dieses einen Großteil militärischer Satelliten, sowohl Aufklärungs-, Navigations-, Wetter-, Kommunikationssatelliten und Satelliten für die Raketenfrühwarnung bzw. die Warnung vor Kerndetonationen. Dazu gehören aber auch weltraumbasierte Waffen bzw. Testsatelliten verschiedenster Couleur. Die tägliche operative Arbeit wird durch die 14. Luftflotte mit ihren einzelnen Weltraumgeschwadern realisiert. Das Space and Missile System Center ist verantwortlich für die Weiterentwicklung, das Management und die Akquise der verfolgten Weltraumprogramme

Derzeit verfolgt die Luftwaffe zehn weltraumgestützte Programme. Das größte und wohl bekannteste Programm ist zweifelsohne das Global Positioning System (GPS). Das GPS wurde am 17. Juli 1995

offiziell in Betrieb genommen. Seit dem 2. Mai 2002 schaltete man die wählbare Verfügbarkeit (Selective Availability), die den zivilen Nutzern eine geringere Positionsgenauigkeit bescherte, ab. Neben der GPS-Funktion dienen die GPS-Satelliten auch der Zeitabstimmung und sind Teil des nuklearen Erkennungssystems der USA. Am 15. Dezember 2018 soll der erste einer neuen Generation von GPS-III-Satellit ins All geschossen werden. Am spektakulärsten sind wohl die Raketenfrühwarnsatelliten. Die Raketenabwehr beinhaltet einen Komplex an Kräften und Mitteln zur Abwehr von ballistischen Raketen und deren Gefechtsköpfen, ein Teil dieses Komplexes sind die Frühwarnsatelliten vom Typ DSP und SBIRS. Zwei DSP-Satelliten bildeten während der Operation Desert Storm Anfang 1991 das Frühwarnelement bei der Raketenabwehr von irakischen Raketen des Typs Al Hussein, die gegen Saudi Arabien und Tel Aviv-Jaffa gestartet wurden.

Mehr als 7 Milliarden Dollar pumpt die US-Administration jährlich in Weltraumbasierte Unternehmungen der Luftwaffe.

Wenn die Weltraumtruppen kommen, wären die Space Forces die 6. Teilstreitkräfte neben US Coast Guard, US Navy, US Marines, US Army und US Air Force. Damit wird die Bedeutung der weltraumbasierten Teilstreitkräfte verstärkt. Das wird sich in den Kommandostrukturen, im Budget und den Aufgaben (Gesamtrolle) der Weltraumtruppen widerspiegeln.

Es ist klar, dass dieser Schritt die qualitative Entwicklung von weltraumbasierter Technik, die für Gefechte auf der Erde unverzichtbar geworden ist, auch auf Weltraumwaffen, die Satelliten in der Erdumlaufbahn bekämpfen, ausgedehnt würde.

Der Kampf gegen die weitere Aufrüstung im Weltraum muss wegen der weitreichenden Folgen für die Menschheit auch wegen der umfassenden Vergeudung materieller Mittel einen Schwerpunkt für die Strömungen der Friedensbewegung sein.

**Peter Schulz**



Russische Startrampe 9P78 für ISKANDER-Raketen der 152. Raketenbrigade in Baltisk

(Foto Peter Schulz)

## Zur Stationierung von neuen Kurzstreckenraketen im Kaliningrader Gebiet

Hoffnungen für ein friedliches Europa bestimmten die 1990er Jahre. Nach der Auflösung der Sowjetunion war die militärpolitische Lage rund um das Kaliningrader Gebiet erheblichen Veränderungen ausgesetzt. Das Kaliningrader Gebiet ist eine russische Enklave, die an Litauen und Polen grenzt, und dessen Situation Parallelen zu Westberlin während des Kalten Krieges aufweist.

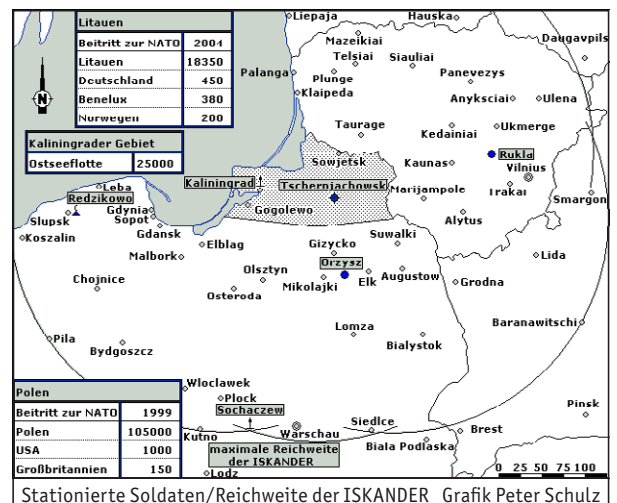
Anfangs gab es zur Osterweiterung der NATO eine Reihe von Aussagen, die heute zwar nicht dementiert, aber gerne übergangen werden. So versprach der US-Außenminister James Baker dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow am 9. Februar 1990, dass sich die NATO nicht einen Zoll nach Osten ausdehnen werde.

Mit der Aufnahme Polens (1999), Estlands, Lettlands und Litauens (2004) in die NATO war diese Zusicherung obsolet geworden. 2008 schlossen die USA und Polen ein Abkommen, wonach US-amerikanische Anti-Raketen in Redzikowo stationiert werden sollten. Das Ballistic Missile Defense Agreement trat am 15. September 2011 in Kraft. Als eine russische Gegenmaßnahme gegen die Raketenabwehr im polnischen Redzikowo wurde von russischen Ministerpräsidenten Medwedew die Ausrüstung einer Raketenbrigade im Kaliningrader Gebiet mit Raketen vom Typ ISKANDER ins Spiel

gebracht. Immer dann, wenn die NATO ihre Manöverserien im Baltikum starteten, übte Russland die Verlegung von ISKANDER-Raketensystemen in das Kaliningrader Gebiet.

Diese Startrampen werden durch eine Besatzung von vier Mann bedient und transportieren gleichzeitig zwei Raketen mit einer Reichweite von 250 km.

Beim NATO-Gipfeltreffen am 8. und 9. Juli 2016 in Warschau beschloss die NATO die Enhanced Forward Presence (eFP), d.h., dass seit Anfang 2017 im halbjährlichen Rotationsverfahren je 1000 NATO-Soldaten in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert werden. Im litauischen Rukla ist das NATO-Kontingent unter Leitung Deutschlands mit den Kontingenten aus den Benelux-Staaten und Norwegen stationiert, im polnischen Orzysz befindet sich das NATO-Kontingent unter dem Kommando der USA mit britischen Einheiten. Anfang des Jahres 2018 war das Maß aus russischer Sicht voll: durch die Enhanced Forward Presence (eFP) der NATO, wodurch 4000 NATO-Armeeinghörige zusätzlich im Baltikum stationiert wurden, verstärkte die NATO ihre Manöverserien im Baltikum und die Fertigstellung der strategischen



Raketenabwehrkomponenten in Osteuropa. Am 5. Februar 2018 wurden – nach jahrelangen Warnungen – die Startrampen 9P78 in die Ausstattung 152. Raketenbrigade mit Raketen vom Typ ISKANDER übernommen.

Einen Tag später fand im litauischen Rukla die Feier zur einjährigen Stationierung der Enhanced Forward Presence (eFP) in Litauen statt. Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė sagte: "Am Montag wurden Iskander-Raketen in Kaliningrad dauerhaft installiert." Nach ihren Worten stellt die Aufstellung von Raketen des Typs ISKANDER eine Bedrohung für halb Europa dar. Das ist bei der Reichweite von nur 250 km eine riesige Übertreibung.

## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
Atom- und Uranwaffen.  
Für die friedliche Nutzung  
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

**Auflage:** 1000

**Herausgeber**  
Pressehütte Mutlangen  
Friedens- und Begegnungsstätte  
Mutlangen e.V.  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
www.pressehuette.de  
post@pressehuette.de

**Einzelheft:** Euro 3.-€ plus Porto

**Jahresabonnement:** Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und  
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
ist der Bezug im Mitglieds-  
beitrag enthalten.

**Bankverbindungen**  
nur für Abo-Gebühren:  
Friedens- und Begegnungsstätte –  
FreiRaum  
Raiffeisenbank Mutlangen  
DE90 6136 1975 0055 6280 10

**für steuerabzugsfähige Spenden:**  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
KreisSparkasse Ostalb  
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99  
Stichwort: Spende FreiRaum  
Bitte vollständige Adresse angeben!

**Redaktion**  
V.i.S.d.P.  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)  
Tel. 0 71 71 - 18 20 58  
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

**Satz und Layout**  
Michael Heidinger Grafikdesign  
www.michael-heidinger.com

**Druck**  
UWS-Druck und Papier GmbH  
70184 Stuttgart,  
Telefon (07 11) 46 30 05  
mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199



## 2018 Zum Jahreswechsel 2019

WIR WÜNSCHEN UNSEREN LESERINNEN UND LESERN  
EINE GESEGNETE WEIHNACHTSZEIT  
UND EIN GUTES, ERFOLGREICHES NEUES JAHR

### WIR WÜNSCHEN UNS VON UNSEREN LESERINNEN UND LESERN

- dass wir uns gemeinsam für den Erhalt des INF-Vertrages einsetzen
- dass wir uns in Büchel bei der Aktionspräsenz wiedersehen
- wie immer Spenden, denn Friedensarbeit kostet Geld

### WIR WÜNSCHEN

- den Verletzten Heilung
- den Gefangenen Befreiung
- den Politikern Weisheit und Einsicht und uns allen eine gerechtere und friedlichere Welt.

